

Antrag

des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

Drohnenflüge in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele rechtswidrige Drohnenflüge in den Jahren 2024, 2025 und im 1. Quartal 2026 in Baden-Württemberg festgestellt wurden (unterteilt nach Verstoß, Rechtsgrundlage sowie Stadt- oder Landkreis, Gelände und/oder Einrichtung);
2. welche Einrichtung auf Ebene des Landes für die Bekämpfung von Drohnenflügen nach Frage 1 zuständig ist;
3. in wie vielen und welchen Fällen nach Frage 1 Täter ermittelt werden konnten und welchem Spektrum diese Taten zugeordnet werden können;
4. wie die Landesregierung die Gefahren durch Drohnenflüge in Baden-Württemberg einschätzt und welche konkreten Maßnahmen sie dagegen ergreift;
5. ob ihr bekannt ist, welche Regelungen Bayern und ggf. weitere Bundesländer getroffen haben, um rechtswidrige Drohnenflüge abzuwehren und inwiefern sie möglicherweise gesetzlichen Änderungsbedarf für Baden-Württembergs sieht;
6. wie und in welchem Umfang das Land im Gemeinsame Drohnenabwehrzentrum sowie im Gemeinsamen Zentrum zur Abwehr hybrider Bedrohungen (GAZ Hybrid) und deren Arbeitsgruppen beteiligt ist.

30.6.2026

Dr. Weirauch, Binder, Stoch, Fink, Wulff SPD

Begründung

Der Antrag soll in Erfahrung bringen, in welchem Umfang Baden-Württemberg von rechtswidrigen Drohnenflügen betroffen ist und welche Maßnahmen die Landesregierung in diesem Bereich ergreift.